Staatssekretär begrüßt neue Partner im Technologie-Hub für die bayerische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie

1. März 2023

NÜRNBERG Der Technologie-Hub für die bayerische Sicherheits- und Verteidigungsindustrie kommt in der Branche gut an. Bereits über 20 Partner haben sich der Initiative von Wirtschaftsstaatssekretär Roland Weigert angeschlossen. Das Zentrum ist bei der Innovations- und Wissenstransferagentur Bayern Innovativ angegliedert.

Weigert: „Die neuen Partner sind für unser junges Branchen- und Technologienetzwerk eine große Bereicherung. Inzwischen haben sich schon über 20 Unternehmen und Institutionen unserer deutschlandweit einzigartigen Initiative angeschlossen. Gemeinsam stärken wir Bayerns Position als führender Wehrtechnikstandort. Dafür investieren wir allein in diesem Jahr eine halbe Million Euro."

Mit der Gründung des Technologie-Hubs setze die bayerische Staatsregierung ihre konsequente Unterstützung der Branche fort, betonte der Staatssekretär bei einem Netzwerktreffen am Rande der Branchenmesse Enforce Tac: „Wir wissen um die strategische und technologische Bedeutung unserer Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Die Unternehmen stehen für eine hohe Industriekompetenz und Innovationsdynamik. Beides ist für den Hightech-Standort Bayern unverzichtbar."

Weigert richtete in diesem Zusammenhang erneut einen Appell an die Bundesregierung, die heimische Branche bei den überfälligen Beschaffungen für die Bundeswehr angemessen zu berücksichtigen. „Seit Bundeskanzler Olaf Scholz vor einem Jahr die Zeitenwende für die Bundeswehr ausgerufen hat, ist so gut wie nichts Konkretes passiert. Während das Ausland die Spitzentechnologie der bayerischen Wehrtechnikunternehmen schätzt und umfangreich bestellt, fehlen die Aufträge aus dem 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögen. Viele bayerische Unternehmen sind trotzdem in Vorleistung gegangen. Sie könnten die Bundeswehr mit ihren Produkten jetzt schnell ertüchtigen. Stattdessen erleben wir weiter Berliner Mangelwirtschaft und Militärbürokratie."

Die fehlgeleitete Politik der Berliner Ampel werde auch beim geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz offensichtlich, konstatierte Staatssekretär Weigert: „Die Pläne aus dem Bundeswirtschaftsministerium gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Statt die Unternehmen durch einen nationalen Sonderweg unverhältnismäßig zu belasten, brauchen wir eine Harmonisierung der Regelungen auf EU-Ebene."

Ansprechpartner:
Thomas Assenbrunner
stv. Pressesprecher

Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers